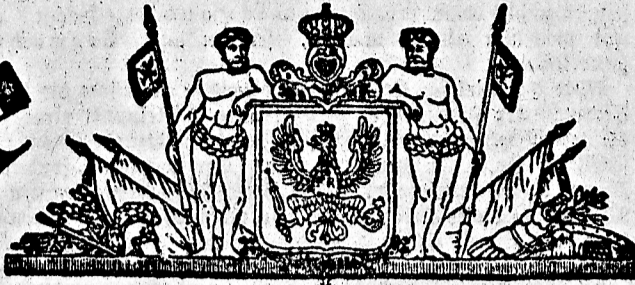


Wolffsche



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wolffsche Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: Monatlich 3 25 Mark, vierteljährlich 9 75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Mittwoch Uebergabe des Friedensentwurfs.

Die Antwort auf die deutsche Note.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Versailles, 5. Mai.

Auf die Anfrage der deutschen Delegation, wann das Friedensdokument überreicht werden würde, ist heute nachmittag die Antwort eingegangen, daß die Uebergabe am Mittwoch, dem 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Erianon-Palace-Hotel stattfinden werde.

Die Gliederung des Vorfriedensvertrages

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Versailles, 5. Mai.

„Echo de Paris“ berichtet: Der Wortlaut des Vorfriedensvertrages ist endgültig festgelegt und bereits im Druck, der in zwei Tagen beendet sein kann. Das Blatt nennt verschiedene Kapitel des Vertrages in ihrer endgültigen Form und Reihenfolge:

- 1. Einführung, 2. Grenzen Deutschlands, 3. Klauseln bezüglich Grenzveränderungen, 4. deutsche Kolonien, 5. militärische, marine und luftwaffen, 6. Kriegsgefangene, 7. Beschlüsse gegen Wilhelm II. und alle Schuldigen Deutschen, 8. und 9. Wiedergutmachungen und Finanzklausel, 10. Wirtschaftsklauseln, 11. Eisen, Eisenbahnen und Schifffahrtsweg, 12. internationale Arbeitsgesetzgebung, 13. Garantien, 14. allgemeine Ratifizierungsklauseln.

Einseitige Behandlung der Schuldfrage.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

\* Versailles, 5. Mai.

Die französische Presse fährt inzwischen mit dem beschlenen Felzug gegen Deutschland anlässlich der Eröffnung der Verhandlungen fort. Das „Journal des Debats“ veröffentlicht Depeschen von Jowow, Berchtold und Baron Szechen, dem früheren u. u. L. Botschafter in Paris, aus der Zeit vom 21. bis 24. Juli 1914, die beweisen sollen, daß das Ultimatum an Serbien abstrichlich bis nach der Abreise Poincarés aus Petersburg verzögert worden sei, um die sofortige französisch-russische Verständigung zu verhindern. Die Depeschen sind vollkommen unüberprüfbar und beweisen nur die Verächtlichkeit der deutschen Forderung, daß die Schuldfrage nur vor einem internationalen Gericht erörtert werden kann, dem aller Stoff in Originalen vorgelegt werden müßte.

Die belgischen Forderungen.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

\* Versailles, 5. Mai.

Die belgischen Beschwerden wegen zu geringer Höhe der ihnen zugesagten Entschädigungssumme bieten den Alliierten andauernd erhebliche Schwierigkeiten. Die Belgier verlangen vollkommene Entschädigung für den Wiederaufbau. Heute sollen in Brüssel abermals große Kundgebungen politischer und wirtschaftlicher Verbände stattfinden. Diese werden vom Bürgermeister Waz fordern, daß er den belgischen Bevollmächtigten nahelege, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen, wenn Belgien nicht volle Entschädigung erhält. Der Chef der belgischen Abordnung, Minister Hymans, ist gestern vom Ministerpräsidenten de la Croix nach Brüssel zurückgerufen worden. Der belgische Ministerrat hält täglich Sitzungen unter dem Vorsitz des Königs ab. Der „Matin“ glaubt, daß Hymans wichtige Zugeständnisse des Dreierrats bringen werde. Das Blatt glaubt aber nicht, daß man in den Friedensvertrag eine Bedingung aufnehmen wolle, wonach Deutschland die in Belgien umgesetzten Markt zum Ausgabelort zurücknehmen müsse.

Amsterdam, 5. Mai.

Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Brüssel behauptet, erfahren zu haben, daß Belgien folgende Zugeständnisse gemacht worden sind: 1. 2 1/2 Milliarden Franken in Gold, zahlbar innerhalb von zwei Jahren, 2. Streichung der Kriegsschuld Belgiens an England, Frankreich und Amerika, 3. Lieferung von 3 Millionen Tonnen Steinkohlen per Jahr bis zu einem Gesamtwert von 20 Millionen Pfund Sterling (400 Millionen Mark) durch Deutschland an Belgien für den Zeitraum von zehn Jahren, 4. sofortige Rückgabe des von Deutschland weggenommenen Industriematerials

und Viehes, der weggenommenen Pferde oder sonstigen Zugtiere, 5. Vertretung im Obersten Wirtschaftsrat, 6. Unterstufung der belgischen Ansprüche auf Revision des Vertrages von 1839 durch die Alliierten, 7. Erlaubnis, mit Luxemburg eine Zollunion zu schließen, 8. Ausschreibung einer binnen sechs Monaten abzuhaltenden Volksabstimmung über die Einverleibung der Kreise Malmedy und Eupen mit Moresnet und dem Herzogenwald, 9. Zugeständnis einer Stimme bei der Verteilung der Mandate für die Verwaltung der deutschen Kolonien in Afrika.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Versailles erfährt, war auf Veranlassung der Entente für gestern (Montag) nachmittag die erste Zusammenkunft der Wirtschafts-Sachverständigen mit je einem Vertreter Amerikas, Englands, Frankreichs und Italiens zur Erörterung der der Rohstofffrage angelegt. Weiter meldet die Zeitung aus Versailles, daß Deutschland jetzt allein für das Besatzungsheer monatlich ebensoviel zahlen soll, wie die ganzen monatlichen Kriegskosten zu Anfang des Krieges betragen. (Siehe auch 4. Seite.)

Rückkehr Orlando's nach Paris.

Meldung der Agence Havas.

Paris, 5. Mai.

Der italienische Botschafter in Paris teilte den Regierungshauptnern der Alliierten mit, daß Orlando am Sonntag im Laufe des Abends aus Rom abreisen und Mittwoch morgen wieder in Paris eintreffen würde.

\* Versailles, 5. Mai.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Nach einer „Tamps“-Meldung soll die Ueberreichung des Vertragsentwurfes an die deutschen Friedensabgeordneten spätestens Ende dieser Woche erfolgen. Da der Vertrag alle gegen Deutschland kriegführenden Mächte aufzählen soll, hält man die Rückkehr der italienischen Abordnung nach Paris für notwendig. Es soll deshalb, wie bereits gemeldet, eine von den Ministernpräsidenten Amerikas, Englands und Frankreichs unterzeichnete „Botschaft“ heute nach Rom abgehen, die unter Anrufung der Freundschaft und Erinnerung an die vierjährigen gemeinsamen Kämpfe den italienischen Vertretern vorschlagen soll, wie sehr es im allgemeinen Interesse liege, daß man zu einer günstigen Lösung komme. — Der Dreierrat wird sich erst heute mit der neuen Note an Italien beschäftigen. — Salbamtlich wird durch Havas aus Rom gemeldet, daß dort gemäß dem Londoner Vertrag jede Unterhandlung der Ententemächte mit den deutschen Vertretern in Abwesenheit der italienischen Vertreter für unzulässig erachtet wird.

„Petit Journal“ verleiht ausdrücklich, daß die italienische und belgische Krise auf dem Wege der Lösung seien. Aber der „Matin“ bringt wieder einen alarmierenden Aufsatz, daß die Dinge höchst unbefriedigend laufen, die italienische und belgische Krise hätten sich eher zuspitzen. Frankreich, die führende Macht im Kriege, habe die Führung im Frieden völlig verloren. Der Aufsatz enthält Ausfälle gegen die englisch-amerikanische Politik, die nur Widersprüche über Widersprüche gezeitigt habe.

th Eugens, 5. Mai.

Das Organ Sonninos, das „Giornale d'Italia“ teilt mit: Die Verbündeten sind verständigt worden, daß Italien den Londoner Vertrag bei der Fortdauer des jetzigen Zustandes als verlegt erachtet. Dann verbietet dieser den Bundesgenossen einen Sonderfrieden, und ein solcher läge vor, wenn der jetzige Friedensschluß ohne die Anwesenheit der italienischen Abordnung durchgeführt würde.

Für das deutsche Südtirol.

Eine Volksversammlung zur Erhaltung Deutsch-Südtirols für das Deutschland vorschaltete gestern die Großdeutsche Vereinigung in der Singalademie. Es sprachen Prof. Brandl, Dr. Caspar, Dr. Feuß und der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeffer. Es gelangte folgende Entschlieung zur Annahme: Dem schwergeprüften Tirol entbieten die Versammelten deutschen Gruß. Sie fordern, daß die deutsche Friedenskommission zusammen mit den deutsch-österreichischen Friedensdelegierten mit aller Kraft und allen Mitteln dafür eintritt, daß Deutsch-Südtirol dem Deutschland erhalten und Tirol ungeteilt bleibe. Sie eruchen die deutsche Reichsregierung, sich unverzüglich mit dem Landeshauptmann von Deutsch-Tirol ins Einvernehmen zu setzen zu gemeinsamer Arbeit für dieses hohe Ziel.

Seemacht und Völkerbund.

Von Kontradmiraal a. D. Hollweg.

Nach einer in der „New York World“ in Form einer Depesche von S. B. Swope Ende März veröffentlichten Mitteilung haben die amerikanischen Marineatgeber in Paris unter Leitung des Admirals Benson eine Denkschrift über den Verbleib der deutschen Flotte verfaßt, deren Inhalt Wilson als „logisch und vernünftig“ bezeichnet haben soll.

Der Plan gipfelt darin, daß die deutsche Flotte als Material verkauft, nicht aber unter die Alliierten aufgeteilt werden soll. Auch die französischen Wünsche auf Zuweisung deutscher Kriegsschiffe seien abzulehnen. Eine Verstärkung der französischen Flotte sei einmal „nicht nötig“ und ferner verfolge die finanzielle Frankreichs keineswegs, daß die ihm ausgelieferten Schiffe wirklich ausgetücht werden würden.

Die Denkschrift begründet den amerikanischen Standpunkt dann mit folgenden Möglichkeiten: Ein handfester Völkerbund erfordert zwei gleichgroße Marine. Wenn die deutsche Flotte verteilt wird, wird es für die amerikanische Marine viele Jahre lang unüblich sein, die englische Marine, die bei der Aufteilung der Übermacht zufallen würde, einzuhaken. Die Weltinteressen verlangen, daß keine einzelne Macht die See gegen alle Mächte beherrscht. Unerlässlich sei es daher, daß die Vereinigten Staaten eine ebenso starke Flotte besitzen wie England. Der Völkerbund muß stark genug sein, um, wenn nötig, sein stärkstes Mitglied im Zaume zu halten. Keine aus „Schiffen verschiedener artiger Typen zusammengelegte internationale Marine kann hoffen, es mit der englischen Flotte aufzunehmen. Es muß in einer solchen internationalen Streitmacht eine einzelne Flotte geben, die zusammen mit Hilfe der Streitmacht des Bundes imstande sein würde, die Aufträge des Bundes gegen jede Macht zwangswise durchzuführen. Sollten die Vereinigten Staaten jemals in ihren internationalen Verpflichtungen versagen, so würden die Streitkräfte des Bundes zusammen mit denen Englands vorhanden sein, um Abhilfe zu schaffen.

Das ist also die alte, auf Macht basierte „Gleichgewichtstheorie“, die früher der Zeitgedanke aller europäischen Diplomaten, besonders aber der englischen, war. Der Unterschied ist nur der, daß jetzt das „Gleichgewicht“, und zwar unter praktischer Ausschaltung einer Anzahl von Mächten, über die ganze Welt verteilt werden soll.

Kurz vor diesen Veröffentlichungen wurde im englischen Unterhaus der Marinehaushalt für 1919-20 beraten. Er fordert über drei Milliarden Mark und einen Personalstand von 280 000 Offizieren und Mannschaften. (1914 etwas über eine Milliarde Mark und 152 000 Offiziere und Mannschaften.) Ein Redner sagte bei dieser Gelegenheit: „Die Hauptpunkte der englischen Politik zur See sind dieselben wie vor Jahrhunderten. Sicherheit ist das A und O derselben. Das sollte in keiner ganzen Einfachheit auch in anderen Kontinenten verstanden werden.“

Als das seit Trafalgar als Rivale um die Seeherrschaft völlig ausgeschaltete Frankreich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts wieder einmal versuchte, seine stark angewachsenen Seemächten durch eine zureichende Seemacht zu stellen, machte die englische Regierung die nationalen Instinkte durch die bekannten „Drei Flotten-Punkte“ auf. Als Russland und Frankreich sich politisch näherten, erforderte man in England aus Gründen der Sicherheit den „Two power standard“. Als wir uns dann eine Seeflotte leisten schufen, erklärte man in England als neues Prinzip: Zwei Akte gegen einen! Durch ungeheure Schiffbauprogramme von Riesenschiffen legte England dann der ganzen Welt fast unerschwingliche Auflagen auf, war der Treiber beim Wettstreit der Völker zur See und versuchte natürlich, uns später die Schuld daran aufzubürden.

Wir haben bei unfrem Flottenausbau niemals die Hegemonie auf der See erstrebt. Die Vereinigten Staaten aber wollen bewußt mit England um die Führerrolle rivalisieren. Uns bestrift England die Berechtigung zu Flottenrüstungen überhaupt, den amerikanischen Anforderungen gegenüber wird man sich zu streben wissen. Die englische Politik wird versuchen, aus der neuen Lage das Beste zu machen, was daraus zu machen ist.

Heute erhofft die vom Kriege erschöpfte Menschheit alles Heil vom Völkerbunde, wie sie es jederzeit nach den Napoleonischen Kriegen gläubig von der heiligen Allianz erhoffte. Aber trotz des Völkerbundes traut keines der beiden aus dem Kriege hart zur See hervorgegangenen Weltvölker, England und Amerika, einander, Jedes von beiden will die eigene Sicherheit nur auf die eigene Stärke, auf Macht gründen.

Gemeinsam ist dabei beiden Englisch sprechenden Völkern der Wunsch, die übrigen Völker der Welt in Bezug auf die See in einer mehr oder minder großen Abhängigkeit zu erhalten. Das Trennende